

Präsentation im Kontrollausschuss und Pressekonferenz

zur Prüfung in der Sache

„ÖKOPROFIT - CPC“

Dr. Günter Riegler, WP/StB – Stadtrechnungshof Graz

24. Jänner 2006

STRH GZ 30163/2005

Inhaltsangabe

1. Kontrolldefizite und Lehren aus der Causa „ÖKOPROFIT – CPC“ – Anmerkungen zur Frage nach der „Politischen Verantwortung“
2. Tunesien-Sachverhalt
3. Versuche zur Bereinigung der Schieflage – Kooperationen mit diversen Partnern
4. Sonstige Gebarungsmängel und Fehlentscheidungen
5. Prüfung des Umweltamtes
6. Ausblick

1. Kontrolldefizite – Verantwortlichkeiten – Fragen, denen wir uns stellen müssen

- Der Fall gibt **Anlass, viele Prozesse und Abläufe in Bezug auf finanzielle Gebarung und Beteiligungsverwaltung zu überdenken**
 - Es wird **nicht damit getan sein, überall zwei Geschäftsführer und einen Aufsichtsrat zu installieren**
 - Die **Folgekosten von Gesellschaftsgründungen** werden und wurden zu wenig beachtet (Kosten für Geschäftsführer, Aufsichtsräte, Kontrollkosten, Verwaltungsaufwand, Rechts- und Steuerberatung etc)
- **Zu überdenken** sind etwa:
 - **Nachverfolgung von „edlen“ Vorhaben, die in Gemeinderatsstücken und Kooperationsverträgen** angekündigt werden,
 - **Informationsweitergabe innerhalb der Stadtregierung** und zwischen **Stadtregierung und Verwaltung**
 - Wie geht man mit **informellen Mitteilungen** (Stichwort: der informelle Aktenvermerk abseits der Tagesordnung) und **Aussagen in Ausschüssen und diversen Besprechungen** um?
 - Welche **Rolle spielen Eigentümervetreter** und welche Aufgaben könnten/sollten sie haben?
 - Welche **Befugnisse und Aufgaben** soll der **Beteiligungsreferent** haben?
 - Was ist in Bezug auf **Steuerberater und Wirtschaftsprüfer** wünschenswert?

1. Kontrolldefizite – „Politische Verantwortung“ – Eigentümerrolle

Die **Frage nach der „politischen Verantwortung“** ist in Wahrheit eine **Frage nach der Rolle des Eigentümers einer Gesellschaft:**

- Was tut der Eigentümer, um die Gesellschaft zu kontrollieren?
- Wie ist der Eigentümer „in sich“ organisiert? (Gemeinderat – Beteiligungsausschuss – Eigentümerversammlung – politisch zuständiger Referent – Beteiligungsreferent)
- Wem wird was in welcher Form berichtet?
- Gibt es eine Informationspflicht von einem Stadtrat zum Nachfolger?
- Gibt es eine Informationspflicht der Stadtsenatsreferenten unter einander über Vorkommnisse in Gesellschaften?
- Gibt es eine Informationspflicht von Tochtergeschäftsführer nach oben zu Eigentümerversammlung und weiter zum Gemeinderat? (Briefträgerfunktion?)
- Wie geht man mit zustimmungspflichtigen Geschäften um, wenn kein Aufsichtsrat vorgesehen ist?
- Klärung von Detailfragen in der Sitzungshektik? Nachverfolgung von früher Gefragtem?

1. Kontrolldefizite im konkreten Fall

Kontrollansätze waren vorhanden – umgesetzt wurde wenig:

- **Kooperationsvertrag „Stadt Graz – CPC“ aus dem Jahr 2000:** Vorgesehen war ein **Überwachungsgremium der CPC**, dem **vierteljährlich detailliert über die Projekte zu berichten** gewesen wäre; Mitglieder des Gremiums hätten sein sollen:
 - Umweltreferent der Stadt Graz (damals Dr. Weinmeister)
 - Abteilungsvorstand des Umweltamtes (damals Dr. Niederl)
 - Geschäftsführer CPC (damals Dr. Zlöbl)
 - Umweltkoordinator Land Steiermark, Vertreter der steir. Wirtschaftsförderung, Vertreter der TUG
- **Beirat** (seit 1996 bis heute im Gesellschaftsvertrag vorgesehen; letzte Sitzung 2002)
- **Aufsichtsrat** (2002 von Dr. Weinmeister angekündigt – Mitte 2004 erneut von BM Nagl eingefordert – Mitte 2005 endlich installiert)
- **Geschäftsführung** (bis Ende 2003 kollektiv Dr. Niederl – Dr. Ebner // seit 2004: Alleingeschäftsführung)
- **Dringlichkeitsverfügung 2002:** im „Motivenbericht“ ist vorgesehen, dass neue, insb **Auslandsprojekte hinsichtlich Finanzierung „dem WP“ vorzulegen** seien und dieser eine Stellungnahme abzugeben habe – im Antragstext des Stückes kommt die Passage nicht mehr vor – Umsetzung ausgeblieben

1. Fazit zur Kontrolle durch den Eigentümer

Vorschlag des Stadtrechnungshofdirektors:

- Erarbeitung eines Vorschlages zur **Klarstellung der Eigentümerrolle und -aufgabenverteilung** durch eine „Arbeitsgruppe **Beteiligungsverwaltung**“
(Magistratsdirektor, Finanzdirektor, STRH-Direktor, Handelsrechtler, Verwaltungsrechtler)
- Politische Akkordierung und Beschlussfassung
- Personelle Aufstockung der Beteiligungsverwaltung
- Prozesse umsetzen
- Eventuell: Beteiligungsholding einrichten

2. Tunesien-Sachverhalt

- Jahr 2002:
 - Erste Kontakte Niederl.-J. über „Marktaufbereitung Nordafrika“
 - Vereinbarungen über künftige Honorare für J. und Y. – keine Einholung der Gegenzeichnung von Co-Geschäftsführer E.
- Jänner/Februar 2004:
 - Letter of Intent über Umweltprojekt in Tunesien (Opernredoute)
 - Kennenlernen Niederl.-St. (Opernredoute)
 - Vereinbarung vom 12./15. September 2003 zwischen CPC und IFCT/Stalleker (rückdatiert – trägt auch Unterschrift des zweiten Geschäftsführers E.) – IFCT soll Vertrag mit tunesischer Regierung vermitteln + Bankgarantie
 - Erste Abänderungsvereinbarung zu diesem Vertrag gleich im Anschluss
- Mai 2004:
 - Nebenvereinbarung über persönliche Konten Niederls und J. (später im Juli 2004: Niederl schreibt St., er wolle keine Zahlungen für sich selbst)
 - **Anzahlung an I./St. 150.000 EUR (bar)**
- Juni 2004:
 - Einrichten Kredit 250.000 EUR und informeller Bericht an den Stadtsenat
 - **Zahlung an I./St. 250.000 EUR (bar)** – obwohl kein Vertrag mit der tunesischen Regierung oder eine Bankgarantie vorliegen

2. Tunesien-Sachverhalt

- August 2004:
 - Finanzknappheit – Aufnahme informelles Darlehen von 98.500 EUR von dritter Seite
 - **Zahlung von 322.500 EUR an I./St. (BAR)** trotz Nichtvorliegens der Gegenleistungen
- September 2004:
 - Kooperationsvertrag CPC AUSTRIA mit CPC/Tunis – diese Gesellschaft wird erst Ende 2005 in das Firmenbuch in Tunis eingetragen.
 - Vorlage eines Kooperationsvertrages (Convention ...) zwischen CPC/Tunis und einer tunesischen Umweltorganisation CITET
 - **Banküberweisung an J. 70.000 EUR** für Reisetätigkeiten in Tunesien
- Oktober 2004:
 - Erste geplante Ökoprofit-Akademie mangels tunesischer Teilnehmer abgesagt
 - Schreiben Niederls an CPC/Tunis/St. mit Bezifferung der Kosten und Begehren von Kostenersatz
- November 2004:
 - „Auftrag“ der I./St. an CPC AUSTRIA zur Abhaltung diverser Akademien in Tunesien, Marokko, Libyen trifft ein – bekundetes Auftragsvolumen: 3.750.000 EUR
 - Positiver Aktenvermerk von Niederl an BM Nagl und VizeBM Ferk: „Verträge seien mit Tunesien alle erfüllt“ – „Daher Zahlung an Vertragspartner von 455.000 EUR notwendig“ – „Auftrag erteilt“ – „Geschäftsführerversicherung abzuschließen“ – „Umsätze mit Tunesien seien gesicherte Umsätze“

2. Tunesien-Sachverhalt

- November 2004:
 - **Zahlung von 150.000 EUR an I./St. (BAR)** trotz Nichtvorliegens der Gegenleistungen
 - **Banküberweisung an J. 28.500 EUR**
 - Annahmeschreiben des I.-"Auftrages" durch Niederl
 - 26. November 2004: **Banküberweisung an I./St. von weiteren 152.500 EUR**, obwohl nach wie vor kein Vertrag mit tunesischer Regierung und keine Bankgarantie vorliegen
- Dezember 2004:
 - **Banküberweisung an I./St. von weiteren 152.500 EUR**, obwohl nach wie vor kein Vertrag mit tunesischer Regierung und keine Bankgarantie vorliegen
 - Insgesamt sind bis jetzt 1.177.500 EUR an St. ausbezahlt
 - Niederl fakturiert namens CPC 750.000 EUR an St. – Abbildung im Jahresabschluss 12/2004
- Jänner 2005:
 - Meeting mit St. in RA-Kanzlei S. & S. in Wien – Zweck: „Bereinigen“ der durch die gegenleistungslosen und dem Urvertrag nicht entsprechenden Zahlungen eingetretenen Situation – die Rechtsanwälte zeigen offen die für CPC AUSTRIA problematische Rechtslage auf
 - St. bestätigt in diesem Meeting, dass „Auftrag“ an CPC AUSTRIA in Ordnung sei und widerspricht auch nicht den Rechnungen von Dezember 2004

2. Tunesien-Sachverhalt

- März 2005:
 - Absichtserklärung der tunesischen Organisation CITET (gezeichnet Direktor H.) wird übermittelt, dass CITET gemeinsam mit CPC TUNIS eine EU-Förderung beantragen wolle (Lettre d'Intention)
- Juni 2005:
 - Beschlussfassung des Gemeinderates betreffend den Jahresabschluss der CPC 12/2004 (einschließlich der Umsatzerlöse und Forderungen sowie der geleisteten Tunesien-Zahlungen)
 - Im Finanzausschuss werden die betreffenden Jahresabschlussposten hinterfragt; Probleme bei der Eintreibung der Forderungen gegenüber I./St. sind nicht erwähnt (die von CPC AUSTRIA fakturierten 750.000 EUR sind noch immer nicht bezahlt)
 - **Konstituierende Aufsichtsratssitzung:** Niederl berichtet, dass die Verträge mit Tunesien fix seien, sich aber die Zahlungen bei internationalen Projekten oft hinauszögerten – er habe vor Investitionen in Tunesien einen Stadtsenatsbeschluss eingeholt und im übrigen vor „Auftragserteilung“ die Genehmigung von BM und VizeBM eingeholt (gemeint ist der AV Nov.2004)
- Juli 2005:
 - Anbot der RZB an den tunesischen Minister H. über einen Kredit von EUR 4.285.000 – daraus wird seitens CPC AUSTRIA abgeleitet, dass das Projekt nun bald gestartet werden würde
 - Niederl erkundigt sich bei RZB über dieses Finanzierungsangebot – RZB habe alles geprüft und es sei alles in Ordnung (das wird später seitens des RZB-Mitarbeiters teilweise in Abrede gestellt)
 - Protokoll von St. wird übermittelt, wonach er mit dem tunesischen Minister eine Besprechung gehabt hätte; Minister stehe hinter dem Projekt und beauftrage CITET mit der Umsetzung

2. Tunesien-Sachverhalt

- August 2005:
 - Erste aktenkundige Querelen mit St. – dieser urgiert fehlende Unterlagen für Ökoprotit-Akademien – auch wird gesagt, die mangelhaften Unterlagen seien daran schuld, dass noch keine RZB-Finanzierung zustande gekommen sei
- September 2005:
 - Anfrage bei RZB: Unterschrift der tunesischen Regierung zum Kreditanbot der RZB fehlt noch immer
 - St. übermittelt 11-seitige Problemliste (Mängel der CPC-Unterlagen)
 - 9. September: Aufsichtsratssitzung: Bericht, dass Tunesien-Zahlungen noch immer ausständig sind; Ankündigung, dass bald neuerliche Akademie abgehalten wird – Niederl holt sich Zustimmung, gegen IP-Rechtsverletzungen in Deutschland vorzugehen (danach: Auftrag an eine schweizerische Rating-Agentur rund um einen Rechtsanwalt für diverse Hilfsleistungen)
 - Fax von CITET (19.9.2005): Ein neuerlicher Versuch, eine ÖKOPROFIT-Akademie scheitert, weil sich die Ausreiseformalitäten für tunesische Tagungsteilnehmer verzögert hätten – daher neuerliche Absage
- Oktober 2005:
 - Weiterhin keine Finanzierung RZB für tunesische Regierung – St. habe sich schon länger nicht gemeldet
 - St. urgiert diverse Unterlagen und schreibt am 13.10.2005 kritischen Brief an VizeBM Ferik
 - Neuerlicher Brief an VizeBM Ferik und in Kopie an BM Nagl → Auftrag an STRH zur Prüfung

3. Versuche zur Bereinigung der Schieflage – Kooperationen mit diversen Partnern

- Juli/August/September 2005:
 - Kontakt mit einem Herrn M. von der Schweizer Rating-Agentur M.-AG (Verwaltungsratsvorsitzender: ein Schweizer Rechtsanwalt Dr. O.)
 - Gespräche über Kooperation mit einer neu gegründeten GE. GmbH mit Sitz in Graz, Am Eisernen Tor 2 – Geschäftsführer: Dr. D. (auf Empfehlung Dr. Niederls) – GE.GmbH wird in Graz am 5. Juli 2005 notariell errichtet
 - Beratungsvertrag vom 26. Juli 2005 mit M.-AG über Liquiditätsplanungen, Besprechungen von Bilanzen der CPC, Ausarbeitung Business-Plan etc
 - Kaufmännisches Bestätigungsschreiben der M-AG vom 12. September 2005, mit der CPC AUSTRIA die juristische Neuregelung und Verteidigung der Marken- und Urheberrechte der CPC AUSTRIA beauftragt
 - Erste Beratungshonorarnoten der M.-AG bzw GE.GmbH über insgesamt rd 13.000 EUR unter Berufung auf diese Verträge und Schreiben – Reisekosten von EUR 4.400 – M.-AG beruft sich auch auf angebliche Beauftragung durch den Aufsichtsrat der CPC AUSTRIA
 - Vertriebs- und Marketingvertrag vom 5. Juli 2005 wird mit GE.-GmbH abgeschlossen. CPC AUSTRIA überlässt exklusive Vertriebsrechte für ÖKOPROFIT an GE.-GmbH für die Gebiete der EU und Schweiz. Vertrag ist aufschiebend unwirksam bis zur Genehmigung des AR der CPC AUSTRIA. Gegenleistungen für CPC AUSTRIA sind in diesem Vertrag höchst unklar formuliert.
 - Gemeinsame Teilnahme an 2 Konferenzen (SWISS RE und IWP) durch CPC AUSTRIA und GE.-GmbH

- Dezember 2005:
 - M.-AG drängt auf Zuhaltung des Vertrages – andernfalls werden Honorarnoten von bis zu EUR 215.000 in Aussicht gestellt – in Klärung

4. Sonstige Aktivitäten in der CPC

- 2004 / 2005:
 - **Diverse Pilotprojekte** in China, Russland, Korea und im EU-Raum
 - **Akquisitionsbemühungen und Marktbearbeitung** in Nordafrika (Tunesien-Projekt) sowie in Japan und Rumänien
- Kernaussagen dazu:
 - **Viel Akquisition anstatt Fokussierung auf ein bis zwei Märkte** – Akquisitionsaktivitäten sind „daheim“ besser verkäuflich als einige wenige profitable Projekte
 - Keine geeignete Kostenrechnung und Projektverfolgung
 - Viele freihändige Auftragsvergaben
 - Mitunter fehlende Leistungsnachweise der Zulieferanten
 - Werbeaktivitäten (Inserate) eher auf Grazer Gratiszeitungsmarkt fokussiert, anstatt auf internationale Fachmedien
 - Zunehmend aktionistische Vergabe von Beraterleistungen (MSH AG), um den heraufdämmernden Tunesien-Verlust möglicherweise zu kaschieren oder zu bewältigen

4. Gebarungsmängel und Fehlentscheidungen in der CPC – Zusammenfassung

- **Feststellungen:**

- Verträge und Vereinbarungen ohne juristischen Beistand
- Zahlungen ohne Einhaltung der Gegenleistungsverpflichtungen (Tunesien-Projekt) und ohne Einholung von Leistungsnachweisen (I., J., andere) und Leistungen von Barzahlungen in Millionenhöhe
- Bereitschaft zur Leistung von Schmiergeldern („Nützliche Abgaben“)
- Bereitschaft zur Unterzeichnung von Nebenvereinbarungen, die Zahlungen auf persönliche Konten nahelegen
- Rückdatieren von Verträgen – in Einzelfällen: Verträge bzw Versprechungen am zweiten Geschäftsführer vorbei
- Beauftragung von Beraterleistungen im Wert von mehreren tausend EUR ohne Einholung von Referenzen und offensichtlich ohne die teuren Beraterleistungen finanziert zu haben
- Nichtinformation des Aufsichtsrates über diese umfangreichen Beraterleistungen und die zu bewältigenden Probleme
- Mangelhafte betriebswirtschaftliche und kostenrechnerische Dokumentation des Projektaufwandes
- Unvollständige und zT unrichtige Berichterstattung dem Eigentümerversorger und dem Gemeinderat gegenüber – offenbar zum Zweck der „stillen Beseitigung“ der Krise
- Projekt- und Akquisitionsaufwand ohne entsprechende Ausfinanzierung sicherzustellen
- Gesamtverlust aus Tunesien-Projekt und Folgekosten nach Einschätzung des STRH: 2,0 Mio EUR

- **Nicht gefunden haben wir:**

- Hinweise auf persönliche Bereicherung oder persönliche Kapitalbeteiligung an involvierten Partnern
- Auch keine Hinweise auf bewusstes schädigendes Zusammenwirken mit Partnern

5. Prüfung des Umweltamtes

- **Grundsätzlich keine wesentlichen Feststellungen:**
 - Die im Umweltamt durchgeführten Projekte sind hinsichtlich der direkten Kosten kostendeckend,
 - Ausschreibungen von Leistungen und Abwicklung der Projekte – soweit von uns geprüft – ordnungsgemäß
- **Jedoch:**
 - Doppelfunktion als Umweltamtsleiter und Geschäftsführer der CPC
 - Aufgabe des Umweltamtes wäre auch das „Controlling“ der CPC
 - Sehr pauschale Sub-Abrechnungen zwischen Umweltamt und CPC

6. Weitere Vorgehensweise

- Bericht wurde/wird an Mitglieder des Kontrollausschusses und an Antragsteller der Prüfung ausgehändigt
- Diskussion des Berichtes in künftigen Kontrollausschusssitzungen
- Eventuell Befragungen von Stadtsenatsreferenten und involvierten Mitarbeitern der Verwaltung
- Weiterleitung des Berichtes an die Untersuchungsrichterin und Staatsanwaltschaft (auf deren Ersuchen)
- Enge Kommunikation mit Finanzdirektion (Dr. Kamper) in Bezug auf die weiteren Schritte zur Behebung der Situation

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!